

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Dr. Dalken u. Vertretung: Drag 11, Miklanska 15 • Telefon: 1 26793, 31409, Nachtrechtl. (ab 11 Uhr): 33535 • Dolmetschamt: 57544

13. Jahrgang.

Dienstag, 26. September 1933

Nr. 225.

Warnung vor Gleichschaltung!

Wohin steuert das sudetendeutsche Bürgertum?

Das christlichsoziale Zentralorgan übernimmt die Aufgaben der „Bohemia“

Was ist zu tun?

Der Fall der „Bohemia“ hat nicht nur vollkommene Klarheit über sie selber gebracht, sondern durchleuchtet mit jedem Tag mehr auch die übrige sudetendeutsche Presse und sämtliche deutsche Bürgerparteien. So wenig ernst auch ihre Bemühungen um eine organisierte Einheitsfront, das „Volkstrotz“, „Getue“ und das „Volkstrotz“-Chaos, zu nehmen sind, so augenscheinlicher wird es jetzt dennoch, daß ihre ideelle Front zum Schutze, zur Propaganda oder zumindest zur Beschönigung des Hitlerfaszismus an Dreistigkeit gewinnt. In demselben Maße, als schlotternde Angst der ungetarnten Faschisten vom Schlage der Jung- und der Schallisch-Partei ihnen zum Unterchlupf in einer Dachorganisation mit den vorweg nicht hakenkreuzlerisch abgestempelten Parteien rät, in demselben Maße scheinen diese letzteren entschlossen, vom Hitler-Wind, der das sudetendeutsche Gebiet unsicher macht, ihre eigenen Segel blähen zu lassen.

Das ungefähre Rezept, das sich die judendeutsche Presse dafür zugelegt hat, ist am deutlichsten in der christlichsozialen „Deutschen Presse“ zu ersehen.

Wir haben schon an Hand der Samstagnummer dieses Blattes festgestellt, wie schamlos es den abschüssigen Weg größten Verständnisses für die „Bohemia“ und damit für alle Faschistenfreundlichkeit einschlägt und wie nur darum bekümmert scheint, ja nichts gegen die hinnenfreundliche Stimmung des sudetendeutschen Bürgertums verlauten zu lassen. Und wenn man nun das Sonntagsblatt der „Deutschen Presse“ prüft, so kommt man erst recht zu dem Schluß, daß sie wohl den Ehrgeiz hat, sich einen Gutteil der Leiererschaft der „Bohemia“ im Ausland wie im Ausland zu sichern. Denn selbst die „Bohemia“ könnte aus der Art beispielsweise, wie die „Deutsche Presse“ den Leipziger Prozeß behandelt, lernen.

Es genügt zur Illustration die Anführung einiger Titel, mit denen die „Deutsche Presse“ ihren Prozeßbericht überschreibt:

Wo bleibt die „flammende Rede“ Lubbes? — Der Kleinfaut gewordene Renommist — Der selbstbewußte Herr Dimitroff — Doch er in Bulgarien zum Tode verurteilt wurde, interessiert ihn nicht — Getarnte Telephonnummern! Als Verlobte empfehlen sich!

Die „Deutsche Presse“ stellt sich also rückhaltlos hinter die Leipziger Staatsanwaltschaft, macht Stimmung gegen die Angeklagten und damit zur vollkommenen Entlastung der wahren Schuldigen an dem Reichstagsbrand. Kein gleichgeschaltetes Blatt in Deutschland könnte über den Prozeß tendenziöser berichten als die „Deutsche Presse“. Und damit ist die Hitlerfreundlichkeit der „Deutschen Presse“ erwiesen.

Wir wollen hier, unter Hinweis auf die Tatsache, daß die reichsdeutsche Bruderpartei der Christlichsozialen und ihre Bruderpresse dort hinweggefegt wurden, nicht erst darüber reden, welchen Charakter die „Deutsche Presse“ offenbart, indem sie den Vernichtern des Zentrums die Mauer macht. Das soll sie mit jenen ihrer Leser ausmachen, denen es um

die katholische Gesinnung wirklich ernst ist. Uns handelt es sich darum, daß

die christlichsoziale Partei, die sich eine „demokratische“ nennt und die sich gerade jetzt für ihre angeblich republikanisch-demokratische Gesinnung durch ihre ablehnende Haltung gegenüber der „Volkstrotz“ ein Alibi holen möchte, nicht nur zur Verteidigung der Demokratie nicht das Geringste unternimmt, sondern vielmehr durch ihre Presse faschistischen Gedanken die Wege ebnet und den Wahnsinn der Hitlergesinnung im sudetendeutschen Gebiet noch fördert!

Sehr charakteristisch für diese Einstellung der Christlichsozialen ist auch die folgende Bemerkung, die die „Deutsche Presse“ am Sonntag dem Titel einiger Blätterstimmen über den „Bohemia“-Skandal beifügt; sie schreibt:

„Wir selbst können zum Gegenstand des Streitfalles nicht Stellung nehmen, da wir sonst der Zensur verfielen.“

Daraus geht für Demokraten unmissverständlich hervor, daß die „Deutsche Presse“ über den Fall „Bohemia“ nur in einem Sinne schreiben könnte, der der tschechoslowakischen Demokratie zuwiderläuft! Samstag erklärte dieses „demokratische“ Blatt, in die Sache der „Bohemia“, „sich nicht einmischen zu wollen“. Sonntag behauptet sie, es nicht zu können. Und dies just zu der Zeit, da die gesamte demokratische Weltöffentlichkeit unbedingt darauf bestehen muß, ihre Freunde und ihre Feinde klar zu erkennen! Aber

schlechter als mit dem Hinweis auf den Zensur hätte das christlichsoziale Hauptorgan sein Verständnis für die Haltung der Herren Wesselski und Peters nicht tarnen können!

Mit Recht bemerkt die „Prager Presse“, der so wie uns schon die Samstagnummer der „Deutschen Presse“ genügt, um den Weg zu erkennen, den diese einschlagen will:

Die „Deutsche Presse“ scheint sich scheinbar gleichgültig zu wollen, ohne zu ahnen, daß sie auf einem politisch sehr gefährlichen Parkett tanzt.

Anderer sudetendeutscher Blätter haben das schon vor der „Deutschen Presse“ und gleichzeitig mit der „Bohemia“ getan. Es versteht sich also niemanden in Staunen, wenn jetzt alle die Zeitungen vom Schlage der „Reichenberger“, des „Tepliz-Schönauer Anzeigers“ oder der Warnsdorfer „Abwehr“ ihre Sympathien für die beispiellos kompromittierte „Bohemia“ verraten und dem Herrn Peters — so die „Abwehr“ — auch jetzt (oder jetzt erst recht) „Wertschätzung“ ob „seiner stets an den Tag gelegten aufrechten deutschen Gesinnung“ entgegenbringen!

Das judendeutsche Bürgerlager weist somit eine antidemokratische, faschismusfreundliche Dreistigkeit auf, die nur noch durch seine vollkommene Verblendung übertröffen wird. Man scheint dort noch immer in dem Wahn zu leben, daß nur unsere, sozialistische Gesinnung die Dinge in

dieser Beleuchtung sieht. Und aus diesem Grunde seien noch zwei Stellen aus der „Prager Presse“ hierhergeholt, die am Sonntag sich also vernehmen läßt:

Die „Bohemia“ ist nämlich ein Schulbeispiel dafür, wohin Blätter und Politiker gelangen können, wenn sie trotz herber Lektionen Taschenspielerkünste treiben. Der Fall „Bohemia“ ist, was nebenbei bemerkt sein will, als Warnung für alle anzusehen die Achtungsvollen vorhaben, wie das deutsche Organ der „Demokraten“ in Prag.

Und an anderer Stelle schließt die „Prager Presse“ den Fall „Bohemia“ also ab:

Erzieherisch sollte er wohl noch lange nachwirken: er möge als Warnung in letzter Stunde ausgeht werden. Auch die Demokratie ist verpflichtet, sich zu verteidigen. Und sie wird es so rückhaltlos tun, wie man sie rückhaltlos angreift.

Das läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig — die „Prager Presse“ ist fast offizielles Organ des Außen- wie des Innenministeriums . . .

Nun also können die „Deutsche Presse“ und alle ähnlich gehaltenen, katholischen oder nichtkatholischen Blätter in der sudetendeutschen Provinz sich darüber klar werden, auf welche Seite sie sich von nun an unabweichbar stellen wollen. Wir leben in einem demokratischen Staate, der, je gefährlicher für die ganze Welt der deutsche Faschismus sich erweist, umso fester entschlossener wird, die Pest nicht noch mehr als es ohnehin (und zwar nicht zuletzt durch die Mitwirkung der sudetendeutschen Bürgerpresse) schon geschah, über unsere Grenzen dringen zu lassen.

Wer diese Pest für ein süßes Himmelsläuschen ansieht, von dem man nur wünschen könnte, daß es restlos auch die sudetendeutschen Gaue erfülle, der wird die Konsequenzen tragen müssen, die die Demokratie aus unabwendlichen Gründen der Selbsterhaltung ziehen muß. Wer diese Konsequenzen vermeiden will, der wird sich daran gewöhnen müssen, sein faschistisches Herz in seiner Brust solange zu verschließen, bis er zur Einsicht gelangt ist, daß er es für die Tschechoslowakei verloren geben muß. Wer aber mitbestimmen will in diesem Staate, der wird durch die Tat seine demokratische Gesinnung erweisen müssen, der wird unzweifelhaft müssen erkennen lassen, daß er entschlossen ist, die Demokratie gegen jedes faschistische Gelüste zu verteidigen!

Roter Sieg in Zürich

Sozialdemokratische Mehrheit gegen bürgerliche Einheitsfront behauptet!

Zürich, 25. September. Am Samstag und Sonntag wurden in Zürich wichtige Gemeindevahlen durchgeführt. Neu zu wählen war der neunköpfige Stadtrat (Exekutive) und der 125 Mitglieder zählende Gemeinderat (Legislative). Die Wahlen bestätigten die seit 1928 bestehende sozialistische Mehrheit. Als Stadtpräsident wurde der Sozialdemokrat Dr. Kästli mit rund 40.000 Stimmen wiedergewählt, während auf den Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Parteien, den Demokraten Dr. Briner, rund 30.000 Stimmen entfielen. Im Stadtrat behielten die Sozialdemokraten ihre bisherigen 5 Mitglieder, die bürgerlichen Parteien erhalten 4 Mitglieder, während das bisherige christlichsoziale Mitglied ausfällt. Der auf der Liste der vereinigten bürgerlichen Parteien stehende Kandidat der „nationalen Front“, die sich zum erstenmal bei Gemeindevahlen um eine Vertretung bewarb, ist nicht gewählt worden.

Bei den Gemeindevahlen erhielten die Sozialdemokraten 64 und die Kommunisten 2 Mandate gegen 59 Mandate der übrigen bürgerlichen Parteien, wovon 10 auf die nationale Front entfielen. Die Sozialdemokraten verfügen also über eine absolute Mehrheit. Der Wahlsonntag hatte einen ruhigen Verlauf und die Ruhe wurde nirgends gestört.

Bezeichnend war die außerordentlich hohe Wahlbeteiligung. Es wurden rund 79.000 Stimmen abgegeben gegenüber 55.000 Stimmen im Jahre 1931, bei denen die Sozialdemokraten 63 Mandate erhalten hatten.

Gegenüber den letzten Wahlen haben die Sozialdemokraten ihre Stimmenzahl um mehr als 10.000 gesteigert, während alle anderen Parteien hinter der Stimmenzahl von 1931 zurückblieben.

Die Kommunisten sind von sechs auf zwei Mandate zurückgegangen. Die Faschisten haben es auf zehn Mandate gebracht.

Das Wahlergebnis von Zürich ist eines der bedeutendsten Ereignisse seit dem Siege des deutschen Faschismus. Es beweist, daß die Stellungen der Sozialdemokratie in den demokratischen Ländern unerückter sind.

Die Schweiz ist eine alte Demokratie. Gleichwohl unterliegt auch sie den politischen Erschütterungen, die den Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung widerspiegeln. Die deutschen Ereignisse haben ihren Widerhall im Schweizer Bürgertum gefunden, das nicht ohne Lust zeigt, die Demokratie abzubauen, die den Arbeitermassen Lebensraum und Gelegenheit zum Kampfe gegen die kapitalistische Ordnung gibt.

Der Wahlkampf um Zürich war deshalb nicht allein eine Entscheidung darüber, wer in Zukunft die Geschicke der Stadt Zürich und der Gemeinden im Kanton zu leiten hat, sondern eine Auseinandersetzung der schweizerischen Sozialdemokraten mit dem schon halb faschisierten

Schweizer Bürgertum, das seine fünf älteren in Zürich vertretenen Parteien mit den faschistischen Frontisten zu einem Block zusammengeschloß hatte. Es hoffte, daß die Niederlage des deutschen Sozialismus auch auf die Kampfkräfte der schweizerischen Sozialdemokratie zurückwirken werde. Die hat jedoch den Angriff der vereinigten Reaktionskräfte nicht abgewehrt, sondern ist selbst zum Angriff übergegangen.

Sie hat diesen Angriff geführt mit vorbildlichem Schwung und in vorbildlichem Geiste und den Arbeitermassen gelehrt, daß es nicht eine der Tagesentscheidungen zu treffen gilt, sondern eine Entscheidung von geschichtlicher Bedeutung. Sie hat den Kapitalismus auf die Anklagebank gesetzt und die Parteien, die ihn stützen. Die Züricher Sozialdemokratie hat den Blick der Arbeitermassen auf die Zusammenhänge der Tagespolitik mit dem Gang der geschichtlichen Entwicklung gelenkt und dabei ebenso zündende

wie klare marxistische Parolen gefunden. Hat das Schweizer Bürgertum vor dem Zürcher Wahlgang gehofft, es werde den Sozialismus mühe- los aus seinen Positionen werfen und seine sozia- listische Bestrebungen durchsetzen können, so hat es der Wahlgang darüber belehrt, daß diese Hoffnung trügerisch war und bleiben wird. Denn die Zürcher Sozialdemokraten haben während des Wahllampfes keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie den Schutz der Demokratie durchaus nicht nur in der Anwendung des Stimmzettels sehen und sie haben, gestützt auf diesen revolutionär- kämpferischen Geist, in der Zeit des scheinbaren Niederbruchs der sozialistischen Idee bewiesen, daß es sich bei diesem Niederbruch nur um ein Versagen veralteter Kampfmethoden und wohl auch veralteter Terminologien gehandelt hat. Und sie haben gleichzeitig bewiesen, daß die sozialdemo- kratischen Parteien, die ihre Kampfmethoden und ihre Ideologie den Aufgaben der Gegenwart anpassen, nicht nur in der Verteidigung bestehen, sondern im Angriff glänzend siegen können.

Der Wahlsieg von Zürich ist ein Schlag ins Gesicht aller geistlosen Gleichschalter, aller dummen Reaktionäre, die da glauben, die sozialdemo- kratische Bewegung ausradieren zu können, er legt den Selbstbetrug der kapitalistischen Par- teien klar, der darin besteht, daß sie die Schwäche und den Bruch des sozialistischen Kampfwillens durch die deutschen Ereignisse als gegeben an- nehmen.

Der Wahlsieg von Zürich, der angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse überwälzige und groß ist, erfüllt alle Proletarier mit Stolz und Zurecht und stärkt ihren Kampfwillen. Das rote Zürich hat sich gegen ein enges Bündnis von Feinden behauptet und auch den Feind im Rücken, die Kommunisten, glänzend besiegt. Aber neben dem Stolz auf den Erfolg der Schweizer Genossen muß in uns der Wille lebendig werden, es ihnen gleichzutun. Trotz und Kühnheit, Selbstbewußtsein und ideologische Klarheit — das waren die Waffen der Zürcher Genossen, das müssen auch unsere Waffen sein.

Artikel, meint aber, auf diesen Artikel und seine Motive erst dann eingehen, wenn der Präsident den Zeitpunct vorschläge.

Vorsitzender: Einstweilen wollen wir den Artikel auf sich beruhen lassen.

Torgler weist auf mehrere bei den Urten be- findliche Briefe der Angehörigen von der Lubbe hin, in denen von einer „kommunistischen Arbeiter- partei“ die Rede sei, der, wie Torgler behauptet, die Freunde von der Lubbe und sicherlich auch von der Lubbe selbst angehört haben. Diese kommunistische Arbeiterpartei in den einzelnen Ländern, bezont Torgler, seien kleine Gruppen von Leuten, die mit den kommunistischen Parteien und mit der kommunistischen Internationale nicht das aller- mindeste zu tun hätten. Sie seien im Gegensatz mit ihrer anarchistischen Einstellung die schärfsten G-egner der eigentlichen kommunistischen Partei.

Dann wird in die Vernehmung zur Tat eingegangen und wieder von der Lubbe aufgerufen. Neben seinen Stuhl wird ein Mikro- phon gestellt.

Von der Lubbe gibt zu, daß er am 22. Feber 1933 vor dem Wahlprüfamt in Neuchâtel geäußert habe, die Arbeiterschaft müsse jetzt mit einer Gegenaktion einschicken. Der Vorsitzende hält ihm weiter vor, daß er dabei auch gesagt haben soll, man müsse öffentliche Gebäude anstecken, da- mit das Volk aufgerüttelt werde und den An- fang der Revolution erkennen könne. Von der Lubbe äußert sich hiezu wieder in derselben apathisch-widerprüchsvollen Weise wie am er- sten Verhandlungstag. Schließlich gibt er (nach den Meldungen des Wolff-Büros) zu, daß in seiner Gegenwart von der Notwendigkeit gespro- chen worden sei, öffentliche Gebäude in Brand zu stecken; vom Reichstag war nicht die Rede. Er habe ein Brandstiftung nicht empfohlen.

Schließlich gibt er einige von Zeugen ange- führte Aeußerungen zu, daß die kommunistische Partei zu flau arbeite und daß man äußerst radikale Maßnahmen ergreifen müsse etc.

Vollfront bröckelt ab.

Während von einzelnen Kreisen die Schaf- lung einer neuen deutschen Partei, der sogenann- ten „Vollfront“, als das Allheilmittel hingestellt wird, welches ein paar schwer erkrankten deut- schen Parteien Gesundheit und Lebensfähigkeit zurückgeben könnte, beginnen nun, sobald die Sache verwirklicht werden soll, die einen nach den andern davon abzurücken. Mit besonderem Interesse haben Deutschnationale und Haken- kreuzler dem Parteitag der Gewerbetreibenden entgegen, der in Auffig am Sonntag stattfand und von dem man den Beitritt der Gewerbe- partei zur Vollfront erwartete. Statt einer solchen Zustimmung der Gewerbetreibenden gab es jedoch auf dem Parteitag heftige Angriffe gegen die Deutschnationale und Hakenkreuzler geordnete G. d. r. Dieser sagte, daß man dem Volkstum nicht diene, wenn man die Massen radikalisiere und dann mit allen Mitteln das früher Gesagte abzuschwächen versuche. Ueber die Vollfront selbst lasse sich nur dann reden, wenn sie berufständig organisiert sei. Mit der Gewerbetreibenden ist es also, sofern auf ihren Bei- tritt zur Vollfront gerechnet wurde, vorläufig nichts. Ebenfalls abgesehen haben bereits die deutschen Christlich-Sozialen, wozu nun noch der Bund der Landwirte kommt, der durch den Mund des Ministers Spina im „Prager Montagblatt“ erklären läßt, daß seine Stellungnahme dadurch gegeben sei, daß der Bund der Landwirte Regierungs- partei ist. Eine Beteiligung an der Vollfront kommt für uns nicht in Frage.“ Ebenso erklärt der Präsident des Hauptverbandes der Industrie, Dr. Josef Marx Mühlig, in demselben Blatt, daß der Hauptverband „weder mit dem Volkstum, noch mit der Vollfront et- was zu tun habe.“ Auch die „Reichenberger Zei- tung“ beginnt nun pöflich vor der „über- schwenglichen Art“, mit der man Vollfront und Volkstum begrüßt, zu warnen. Sie sagt zwar resigniert, daß das Sudetendeutschstum „mitten im Zusammenbruch der Politik seiner Parteien“ steht, worunter vor allem die deutschnationale und nationalsozialistische Partei gemeint sein dürften. Darauf deutet die Bemerkung der „Rei- chenberger Zeitung“, daß die Wähler insbeson- dere von den deutschen Oppositionsparteien ent- täuscht sind — was wir schon gerne glauben. Die „Reichenberger Zeitung“ scheint selbst den Zu- sammenbruch der Bemühungen um eine Kon- zentration des deutschen Parteiwesens in der Tschechoslowakei vorauszu sehen, denn sie schließt ihre Jeremiade mit folgenden Worten: „Wenn nicht bald die verantwortlichen Männer und Stellen der in Betracht kommenden Parteien die Verhandlungen eröffnen, so ist zu befürchten, daß sich auch die derzeitigen Einigun- gsbemühungen im Phrasen- nebel verwirren, wie es schon mehr- mals geschehen ist.“ Die „Reichenberger Zeitung“ würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie die Geschichte derartiger Einigungsver- suche der deutschbürgerlichen Parteien einmal zu Ruh und Frommen der deutschen Öffentlichkeit in der Tschechoslowakei erzählen würde, damit man allgemein erkenne, wie sich die deutschbür- gerliche Politik dieses Landes im Nebel ihrer eigenen Phrase verirrt.

Torgler: Ich bin völlig unschuldig!

Die Aufnahme der Personalien abgeschlossen.

Leipzig, 25. September. Heute fand im Reichstagsbrand-Prozess die Feststellung zur Person der Angeklagten mit der Vernehmung Ernst Torglers, der in mannhaften Worten seine völlige Unschuld beteuerte, seinen Abschluß.

Torgler schilderte seinen Lebenslauf und legte dar, wie er unter dem Einfluß seines Elternhauses schon in früherer Jugend Sozialist wurde und der sozialdemokratischen Partei und später den Unabhängigen angehört, bis er bei der Gründung der KPD Kommunist wurde.

Zu Beginn der Verhandlung wurde zunächst die Schwester Dimitroffs, die sich als Zeugin gemeldet hatte, einvernommen. Sie bestätigte, ihr Bruder habe ihr aus Berlin geschrieben, daß er in Deutschland weiter für die bulgarische kommunistische Bewegung tätig sei und Artikel über die kommunistische Arbeiterbewegung Bulgariens schreibe. Die Zeugin kennt auch den Angeklagten Popow; sie selbst war seit 1926 ununterbrochen in Moskau.

Dann wird eine Auskunfts der Sozialer Polizei über Tanev verlesen, der angeblich Mitglied einer Geheimorganisation war. Tanev bestreitet dies und gibt an, daß er seit 1926 in Moskau war, wo er eine politische Schulung in einer bulgarischen Emigrantenschule durchmachte. Vor zwei Jahren fuhr er nach Prag, wo er von der bulgarischen Gesandtschaft einen regelrechten Paß erhielt. Später fuhr er nach Aachen zurück. Am 21. Feber 1933 traf er in Berlin ein, und zwar mit einem Paß auf den Namen Tanev, aber mit einem richtigen Paß- bild. In Berlin wurde er von Popow abgeholt.

Auf Befragen erklärt Tanev, daß er von der Lubbe früher nicht gekannt habe; er verstehe ja kein Wort Deutsch. In Berlin habe er lediglich die Kampagne für die Amnestierung der bulgarischen Emigranten fördern sollen.

Als letzter der Angeklagten wird nun der frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete Torgler vernommen. Er erklärt u. a.:

„Ich möchte meine ersten Worte in diesem Prozeß mit der wahrheitsgemäßen Fest- stellung beginnen, daß ich völlig un- schuldig bin, daß ich mit dieser verbrecherischen Reichstagsbrandstiftung nicht das mindeste zu tun habe, weder mittelbar, noch unmittelbar. Aus diesem Bewußtsein meiner völligen Un-

schuld heraus und aus Empörung darüber, daß man mich und meine Partei mit dieser Brandstiftung in irgendeine Beziehung bringt, bin ich am Tage nach der Brandstiftung frei- willig ins Polizeipräsidium gefahren, um zu protestieren dagegen, daß man mich und meine Partei mit dieser Brandstiftung in irgendeine Beziehung bringt.

Vorsitzender (unterbrechend): Was Sie eben sagten, geht schon auf die Tat ein. Es handelt sich jetzt aber um Feststellungen der Person.

Torgler: Herr Präsident, ich habe sieben Monate unschuldig in Haft gesessen und muß doch die erste Gelegenheit benutzen, der Öffentlichkeit und der Welt zu sagen, daß ich mit dieser Brandstiftung nichts zu tun habe. Sieben Monate bin im Untersuchungsgefängnis gewesen, davon fünf Monate Tag und Nacht gefesselt. Ich habe das ausgehalten, weil ich wußte, daß ich es unschuldig erleide, weil ich kommunistischer Funktionär bin und weil ich mit aller Tatkraft und Begeisterung, der ich fähig bin, mich für die Interessen der wert- lästigen Bevölkerung Deutschlands eingesetzt habe.

Der Angeklagte schildert zunächst seinen äußeren Lebensverlauf. Er sei als Sohn eines armen Arbeiters der städtischen Gasanstalt geboren; nach Be- endigung der Gemeindeschule wurde er kaufmänni- scher Lehrling in einem Herrenmodegeschäft. Im Dezember 1914 wurde er zum Militär eingezogen und kam später als Infanterist in die Westfront. Bei Ausbruch der Revolution hat er als Vorsitzender der Arbeiter- und Soldatenrates in Neuruppin ge- wirkt. 1919 wurde er Mitglied der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, der er bis zur Grün- dung der kommunistischen Partei angehört. Seit Dezember 1920 ist er Mitglied der kommunistischen Partei Deutschlands, 1924 wurde er in den Reichs- tag gewählt, wo er seit 1929 Vorsitzender der kom- munistischen Reichstagsfraktion war. Dem Zentral- komitee der kommunistischen Partei hat er nicht angehört.

Landgerichtsdirektor Borisius verliest einen Zeitungsartikel Torglers vom Feber 1933. Darin werden die Arbeiter aufgefordert, nicht abzuwarten, was der Stimmzettel am 5. März bringe, sondern durch die Tat gegen den „faschistischen Terror“ vorzugehen. Torgler bekennt sich als Verfasser dieses

Schuld heraus und aus Empörung darüber, daß man mich und meine Partei mit dieser Brandstiftung in irgendeine Beziehung bringt, bin ich am Tage nach der Brandstiftung frei- willig ins Polizeipräsidium gefahren, um zu protestieren dagegen, daß man mich und meine Partei mit dieser Brandstiftung in irgendeine Beziehung bringt.

Vorsitzender (unterbrechend): Was Sie eben sagten, geht schon auf die Tat ein. Es handelt sich jetzt aber um Feststellungen der Person.

Torgler: Herr Präsident, ich habe sieben Monate unschuldig in Haft gesessen und muß doch die erste Gelegenheit benutzen, der Öffentlichkeit und der Welt zu sagen, daß ich mit dieser Brandstiftung nichts zu tun habe. Sieben Monate bin im Untersuchungsgefängnis gewesen, davon fünf Monate Tag und Nacht gefesselt. Ich habe das ausgehalten, weil ich wußte, daß ich es unschuldig erleide, weil ich kommunistischer Funktionär bin und weil ich mit aller Tatkraft und Begeisterung, der ich fähig bin, mich für die Interessen der wert- lästigen Bevölkerung Deutschlands eingesetzt habe.

Der Angeklagte schildert zunächst seinen äußeren Lebensverlauf. Er sei als Sohn eines armen Arbeiters der städtischen Gasanstalt geboren; nach Be- endigung der Gemeindeschule wurde er kaufmänni- scher Lehrling in einem Herrenmodegeschäft. Im Dezember 1914 wurde er zum Militär eingezogen und kam später als Infanterist in die Westfront. Bei Ausbruch der Revolution hat er als Vorsitzender der Arbeiter- und Soldatenrates in Neuruppin ge- wirkt. 1919 wurde er Mitglied der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, der er bis zur Grün- dung der kommunistischen Partei angehört. Seit Dezember 1920 ist er Mitglied der kommunistischen Partei Deutschlands, 1924 wurde er in den Reichs- tag gewählt, wo er seit 1929 Vorsitzender der kom- munistischen Reichstagsfraktion war. Dem Zentral- komitee der kommunistischen Partei hat er nicht angehört.

Landgerichtsdirektor Borisius verliest einen Zeitungsartikel Torglers vom Feber 1933. Darin werden die Arbeiter aufgefordert, nicht abzuwarten, was der Stimmzettel am 5. März bringe, sondern durch die Tat gegen den „faschistischen Terror“ vorzugehen. Torgler bekennt sich als Verfasser dieses

Ein Zeuge für Leipzig wird gesucht!

Zur Entlastung eines der vier im Leipziger Prozeß zu Unrecht Angeklagten wird ein öster- reichischer Journalist Kosner ersucht, seinen autobiographischen Aufenthaltsort dem Comité de Defense, Paris 9^e, 5, rue Cardinal-Mercier, umgehend mitzuteilen.

Neue Kopiprämie auf den Chefredakteur Max Braun

Saarbrücken, 25. September. (Zpreß.) Die „Forbacher Neuesten Nachrichten“ melden: „Dem Auslandsdeutschen Jean Kieffer aus Apach in Lothringen wurden von dem preußischen Gen- darm Oberg aus Luensdorf (Regierungsbezirk Trier), dem Lehrer Spoden aus Wüschdorf und dem Lehrer Eiges aus Luensdorf sechstausend Mark Prämie versprochen, wenn er bei der „Er- mittlung“ des sozialdemokratischen Saarfürers, Chefredakteur Max Braun, sich betätigen wolle.“

Gingestelltes Faszistenblatt.

Prag, 25. September. Das Landesamt hat für die Dauer von sechs Monaten das in Königs- gräß erscheinende Blatt faschistischer Tendenz „Narodni obranna fronta“ eingestellt.

Lilith und der Komet

Ein abenteuerliches, modernes Märchen von Kurt Doberer

Aber Douglas war schon wieder bei keiner Geschichte.

„Eddie pinkelte an einem seiner bekannten Aquarele. Es war ein großes Hais. Er hatte dreiviertel der Fläche mit seiner Lieblingsfarbe bestrichen. Man lachte, diskutierte. Unterdessen wachte ich durch das Tor.

Lilith stand im Schatten unter einem rot- blühenden Baum. Sie streifte meine Hand. „Komm“, sagte sie, „ich will dir's im Geheh er- zählen.“

„Da, in dieser Stadt, ist ein Haus. Das gehörte meinen Vorfahren. Dort wohnt eine Nymphe von mir. Ich weiß es aus einem dicken Buch meines Vaters. Er hat den Glauben ver- lassen. Aber ich trage diesen Stein, sieh! Es ist ein uralter Stein.“ Und während sie dies sagte, lächelte Lilith. An einem dünnen, eigentümlich gedrehten Steinchen zog sie aus ihrem Halsaus- schnitt einen dreifächtig geschliffenen schweren Christall. Der Stein funkelte und warf Lichter.

„Er freut sich!“ flüsterte sie, „er kommt so selten an die Sonne. Nur im Mondlicht darf er oft liegen. Aber das gefällt ihm gar nicht so.“

„Darf ich ihn küssen?“ lächelte ich.

„Später, wenn wir alles wissen“, versprach sie und wurde rot wie ein kleines Mädchen.

In einer engen hohen Gasse lag das Haus. Es hatte Schnitzwerk an den Balken und grün- braune Putzflächen. Wir brauchten nicht die Straße zu sehen. Die Tür schnappte auf, als wir gegen sie drückten.

Wir schritten durch den Gang. Es war so finstern. Man mußte sich an der Wand führen, damit man sich nicht verlieren konnte.

„Oben wohnt sie“, flüsterte Lilith. Dann hielt sie mich fest. „Du“, begann sie nochmal, „meine Nymphe weiß nichts von dem Stein. Und — nun muß ich Dir eine neue Geschichte er- zählen.“ Sie hatte ein hübsches Gestalt. Aber ob sie wieder rot wurde, das konnte ich in der Dunkelheit nicht sehen. „Die richtige Geschichte steht doch in dem alten braunen Buch meines Vaters.“

Mein Urhn, der Abraham Marion, der sich König Georg dem Vassen Geld, als der mit seiner Kasse von Byzanz zurück kam. Und das ist mehr als tausend Jahre her. Der König gab ihm aber ein Pfand und ein Papyrus. Das Pfand war mein grüner Stein. Auf dem Papyrus stand, daß in einem fernen, südöstlichen Land die Königin des Reiches diesen Stein rug. Es waren da zwei solche Steine und den anderen rug der König in einem Ring an der Hand.

Und nun habe ich mir gedacht, wenn du den Ring —“, aber das fügte sie ganz leise hinzu.

„Auch, du kleine Mädel.“ lachte ich froh. Dann wusch ich sie auf den Mund küßten.

„Erst den Stein küssen!“ meinte sie eigen- sinnig. Aber dann gab sie mir ihren Mund.

Schritte vor der Tür ließen uns aufschret- ten. Wir posterten die Treppe hoch.

Es war Eddie Mataffani, der kam.

„Ich habe mir gedacht, daß Ihr hier seid“, legte er.

„Wir wollen die Nymphe besuchen“, sagte Lilith.

Somit geschah nichts Besonderes. Aber seit- jedem Tag haßte mich Mataffani.

Im selben Jahr gab es für ihn und für mich andere wichtige Entscheidungen. Es sollte der Leiter der neuerbauten Union-Warte eingeweiht werden. Der neue Regierungskurs verlangte für solche Stellen junge, erfolgreiche Männer. Aus

viele wurden zwei in die letzte Wahl gestellt: Mataffani und ich. Bis hierher war es eine Ziehung durch wissenschaftliche Kommissionen ge- wesen. Manche Mächtegruppen mochten ihre Hand schon im geheimen gerührt haben. Jetzt aber wurde der Kampf offen, und erbittert ge- rug um diese Stelle geführt.

Hinter Eddie Mataffani, dem Italiener, stand der Chemetrust und die Südbank. Hinter mir, dem Engländer, stand die Akademie der Strahlen und der Luftbild. Es war ein un- gleicher Kampf. Daher war Mataffani der Ge- eignete.

Zwei Jahre waren mit viel Arbeit vergan- gen. Wie du weißt, hatten wir meine Freunde getroffen. Die Verne-Warte und das Verne-Labo- ratorium zu bauen. Unsere Instrumente waren nicht so fein und viel — wie die der Union- warte. Aber dafür war der Beamtenkörper der staatlichen Warte schwerfälliger als unsere Leute. Auf der Unionwarte ruhten zu viele auf früheren Vorbeeren aus. Sie hielten sich für klug und unentbehrlich, denn sie waren pensionsberechtigt. Das alles konnte man von der Verne-Warte nicht behaupten. Wer etwas konnte von meinen Leuten, der durfte auch an die Instrumente. Nachts war immer wieder einmal für eine Stunde ein Platz frei am großen Refektor, auch für den jüngsten Dachs.

Wir opferten freudig — nein, wir opferten gar nicht. Dem nachts etwas einfiel, der konnte zu jeder Stunde im Aufzug zur Kuppel hoch- fahren und durch die Linien sehen.

So kamen unsre Entdeckungen und unsre Meldungen früher als die der staatlichen Union- warte. Das war es, was Mataffani nicht mehr ertragen konnte. Sein Haß machte ihn wahn- sinnig.

Im Frühjahr dieses Jahres war das erste Weltraumschiff zu seiner ersten Expedition in den Raum gestartet. Es war die Rakete „Einhun- dertfiebendunddreißig“. Als die Tage ihrer Rück-

kehr kamen, waren viele, die an einer glücklichen Landung zweifelten. Nach den Funkmeldungen der Rakete hatte sie anscheinend nur noch sehr wenig Treibstoff zur Abdämpfung des Einsturzes. Wie sollte dann bei diesem rasenden Tempo die gewählte Einsturzstelle auch gefunden werden? Unser Laboratorium und unsere Werkstätten ar- beiteten fieberhaft. Drei Tage vor der Landung des Projektils bot ich der Regierung meine Ra- schire an. Diese sollte durch magnetische Ströme den RaketenEinsturz dämpfen und die Rakete selbst durch Fernleitung an die gewählte Stelle in das Weltmeer bringen.

Die Regierung zögerte noch, meine Maschine zu verwenden. Da wies Mataffani in einer ge-lehrten Denkschrift nach, daß durch Funkleitung der Unionwarte und durch die eigene Brammkraft des Raumschiffes die Landung exakt und gefahr- los vollzogen werden könne. Man mußte auf die in den drei kurzen Tagen unmöglich kontrollier- bare Erfindung eines wissenschaftlichen Außen- leiters verzichten.

Auf diese Veröffentlichung hin schickte die Regierung meine Zeichnungen ohne Ueberprüfung zurück. Im Jahrgang verschlug ich die Elektronen- röhren und die Parabolspiegel der Maschine.

Die Stunde des Einsturzes war herangekom- men. Wir konnten die Bahn der Rakete im gro- ßen Reflektor genau verfolgen. Sie hielt fast richtig auf die verabredete Stelle zu. Mataffani konnte vielleicht recht behalten.

Vielleicht! — Aber nur um recht zu behol- ten, hatte er acht Menschenleben und den ganzen Erfolg dieser Expedition auf eine Karte gesetzt.

Da hörten wir schon die Peilschreien der Union-Warte. Leise flüsternd nahm auch unser Instrument das Geräusch der Steuerströme auf, die die Union-Warte dem Automaten an der Raumschiffsteuerung sandte.

(Fortsetzung folgt.)

Sammlung der demokratischen Kräfte!

Der Ruf der jungen sozialistischen Generation

Prag, 25. September. Gestern wurde die Reichskonferenz der sozialistischen Jugend zu Ende geführt. Die Tagung nahm zunächst einen Bericht des Verbandsvorsitzenden KERN über die Jugendinternationale und die Vereinheitlichung der Arbeit in den sozialistischen Kulturorganisationen entgegen und beauftragte noch ausführlicher Aussprache über die organisatorischen Fragen den Verbandsvorstand mit der sofortigen Organisierung der Boykottpropaganda gegen die Hitlerherrschaft über Deutschland.

Zum vierten Punkt der Tagesordnung Die Voraussetzungen des sozialistischen Sieges referierte Genosse Dr. Emil Franzel.

Er ging davon aus, daß man in der Zeit des liberalen Kapitalismus und des liberalen Staates, der auf sozialistischer Seite die Woge des stark liberal gefärbten fatalistischen Vulgar-Marxismus entpochte, die Voraussetzungen des sozialistischen Sieges in der ökonomischen Krise der kapitalistischen Wirtschaft sah. Rückblickend lasse sich sagen, daß diese Höchststufe etwa 1928 erreicht war. Damals fehlte es aber an allen anderen Voraussetzungen des Sieges. Inzwischen ist der Kapitalismus eingeschrumpft, die Weltwirtschaft zerfallen, wir stehen am Anfang einer Epoche des verumpften Feudalkapitalismus, die ökonomischen Voraussetzungen des Sozialismus verschlechtern sich, der Sieg muß um je mehr und eher angestrebt werden, als die Zeit nicht mehr für uns arbeitet.

Nun bedarf es zum Sieg des Sozialismus einer revolutionären Klasse und einer revolutionären Partei. Die Klasse kann nur dann einen revolutionären Gesamtwillen entfalten und aktionsfähig werden, wenn es gelingt, die ständischen Zerfallserscheinungen zwischen der Gruppe der Beschäftigten und jener der völlig pauperisierten, dauernd arbeitslosen Arbeiter durch eine revolutionäre Ideologie von höchster Spannkraft zu überwinden, ähnlich wie 1917/18 der Kampf für den Frieden und gegen den Hunger die Ueberbrückung der ständischen Kluft ermöglichte. Heute muß die revolutionäre Ideologie aus dem Kampf um die Ueberwindung der Krise, die Ordnung des kapitalistischen Chaos durch eine sozialistische Planwirtschaft hervorgehen.

Die revolutionäre Partei, das wird die Partei sein, die gelöst von der liberalen Vorstellungswelt, deren Spuren den Arbeitern heute vielfach noch anhaften, nicht nur Wahl- und Verwaltungsapparat, sondern militant, beweglich, aktiv, eine Partei sein wird, mit der wir auch im totalen Staat, sei es in seiner Führung, sei es im Kampf gegen ihn, die politischen Probleme meistern. In diesem Zusammenhang fiel die, vom „Prager Montagblatt“, das anscheinend falsch informiert wurde, entstellte wiedergegebene Äußerung, daß wir im Kampf um die Demokratie ohne liberale Illusionen gegen die Faschisten und, wenn die Kommunisten nicht aufhören, den Faschismus zu fördern und sich mit ihm zu identifizieren, auch gegen die Marsdeute der antifaschistischen Aktion vorgehen müssen.

Betrachtet man diese Aufgaben geschichtlich, also nicht unter dem Aspekt einer Aufgabe von heute auf morgen, so wird man erkennen, daß es dabei vor allem auf die junge Generation ankommt, denn ihre Zeit und ihr Schicksal sind es, die geformt werden sollen. Die Aufgabe der sozialistischen Jugend ist darum die Erziehungsarbeit in dem flüchtigen Sinne. Der Referent vertrat die Ansicht, daß es dabei nicht so sehr, wie man heute dauernd betont, auf Gefühle, als in letzter Instanz doch auf den Geist, die Erkenntnis ankommt. Es gelte, in der Nacht des kapitalistischen Chaos das Licht marxistischer Erkenntnis zu entfalten, das uns den Weg durch das Dunkel, das auf der Welt bedrängend lastet, erhellen soll. Wie aus der marxistischen Erkenntnis vor einem halben Jahrhundert eine gefühlsstarke Bewegung von religiöser Anbrunst entstand, so wird auch diesmal aus der geistigen Quelle der Strom der Revolution fließen.

Genosse K. R. schloß mit dem Appell an die Jugend, sich ihrer geschichtlichen Mission bewußt zu sein. In Deutschland habe keineswegs nur die alte Generation verfaßt, auch die junge sei in der Schicksalsstunde der Bewegung nicht aktionsbereit gewesen. „Eine Jugend“ ist der Referent, „die den Weg zur Rettung kennt und, was sie weiß, auch will, die das was sie will, auch magt mit einem Wort, eine revolutionäre Jugend — das ist die Voraussetzung des sozialistischen Sieges!“

Nach einer Debatte, in der weniger über das Referat als über die Resolution diskutiert wurde, nahm die Konferenz die Entscheidung an, in der die Jugend ihren Willen kundgibt, die Demokratie gegen den Faschismus zu verteidigen, und im Bewußtsein, daß dieser Kampf nur international geführt werden kann, die tschechische proletarische Jugend zu gemeinsamer Aktion aufruft. Die Resolution ist durch ihr Bekenntnis zu positiver demokratischer Politik und zur internationalen Aktion gegen den Faschismus ein beachtenswertes Dokument, dessen Echo auf tschechischer Seite man mit Interesse erwarten darf.

Die Reichskonferenz der sozialistischen Jugend beschloß folgenden Aufruf:
Schmerz als alle anderen Schichten der Bevölkerung trifft das Verlangen des kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus die junge Generation, Zehntausende junger Menschen haben den Glauben an sich und ihre Zukunft ver-

loren, die große Masse des proletarischen Nachwuchs ist physisch und moralisch gefährdet, droht der Verzweiflung und der völligen Desorientierung zu verfallen. Im Sinne des Beschlusses der Pariser Konferenz der SA appellieren wir an die sozialdemokratischen Parteien dieses Landes, gemeinsam mit jenen Gruppen und Parteien, die gewillt sind, die demokratischen Grundlagen des Staates zu verteidigen, auch die Existenz der jungen Generation zu sichern, die Demokratie mit sozialem Gehalt zu erfüllen und alles zu unternehmen, was der Jugend Lebensraum innerhalb der Gesellschaft und ihrem Lebensinn und Richtung geben kann.

Die sozialistische Jugend erklärt ihre Bereitschaft, dem demokratischen Staate, wenn er sich seiner Verantwortung gegenüber dem sozialen Schicksale der jungen Generation bewußt zeigt, mit allen Kräften zu dienen und im Kampfe gegen die faschistische Gefahr unter der Führung der sozialistischen Parteien ihr Leben einzusetzen. Sie ruft die proletarische Jugend des tschechischen Volkes zu gemeinsamer Aktion gegen die Faschisten in beiden nationalen Lagern und zum Kampfe um die Verwirklichung der Ideen der Humanität und des sozialen Rechtes im demokratischen Staate auf.

Der Faschismus, dem ein Großteil der Jugend auch bei uns Gefolgschaft leistet, hat sich nach seinem Siege in Deutschland als das barbarischste Unterdrückungssystem demaskiert, das die Welt jemals zum Schutze ihrer Renten und Privilegien errichtet hat. Der Faschismus mißbraucht die Raslosigkeit und die Romantik der Jugend dazu, die Dividenden der Kapitalistenmagnaten und die Privilegien ihrer Soldnerführer gegen den Anspruch der arbeitenden Klasse auf gleiche soziale und politische Rechte zu schützen. Er wird der Jugend, die er im Bürgerkriege gegen ihr eigenes Interesse für die Erhaltung einer unumstößlichen, widerstündigen und chaotischen Gesellschaftsform

einsieht, auch zur Schlachtbank des Völkerkrieges führen, in dem die europäische Menschheit und ihre Kultur unrettbar der Vernichtung preisgegeben werden. Der krieglüsterne Faschismus, durch den Irrwahn der Nachkriegsgeneration in den Sattel gehoben, kann nur durch die junge Generation gestürzt, in den noch demokratischen Staaten nur durch die junge Generation besiegt werden.

Der Sozialistische Jugendverband beschließt, seine Organisationen und Mitglieder unverzüglich zur Entfesselung der antifaschistischen Aktion einzusetzen, sie mit dem Gedanken der proletarischen Wehrhaftigkeit, mit dem Willen zur Verteidigung der Demokratie, mit dem Mut zu geschichtlichen Handeln in der Schicksalsstunde großer Entscheidungen zu erfüllen.

Wir haben nur die Wahl, unter Einsatz unseres Lebens die demokratischen Grundlagen der menschlichen Kultur zu verteidigen, den sozialen Sinn des Volksstaates zu verwirklichen, aus dem Chaos zur sinnvollen Ordnung der Gesellschaft zu gelangen oder im faschistischen Sklavenstaate Menschenrechte und Menschenwürde, Existenz und Leben zu verlieren, den sicheren Untergang der europäischen Kultur in einem neuen Weltkriege vor Augen.

Wenn die Folterkammern der faschistischen Nordbarden, die Konzentrationslager des faschistischen Sklavenstaates, der Tod auf den vergasteten Schlachtfeldern des Zukunftskrieges laiden, der bleibe abseits!

Wer die Selbstregierung des mündigen Volkes, wer eine bessere soziale Ordnung, wer den Frieden und kulturellen Aufstieg der Menschheit will, der stehe zu!

Nieder mit dem Faschismus!
Es lebe die internationale Aktion des demokratischen Volkes!
Es lebe der Sozialismus!

Schluß mit der fascistischen Wählerarbeit!

Genosse Bednagel kündigt scharfe Maßnahmen der Regierung an

Olmütz, 24. September. In seinem politischen Referat auf dem heute hier abgehaltenen Ganztags der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erklärte Eisenbahnminister Genosse Bednagel, a., die Regierung bedürfe heute vor allem der regen und solidaren Unterstützung der Bevölkerung in einer Reihe von Eingriffen, die sie vorbereitet hat und vorbereitet. Das gegenwärtige Arbeitsverhältnis im Volke ist für längere Zeit festgesetzt, so daß es nicht notwendig erscheint, es bei der Behandlung der einzelnen Fragen immer wieder durch Diskussionen oder einen Kampf zu sondieren. Heute ist mehr denn je Solidarität und Zusammenarbeit der Koalitionsparteien notwendig.

Die Regierung hat vorbereitet und bereitet noch eine Reihe weiterer Maßnahmen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete vor. Von den verantwortlichen Faktoren denkt niemand an eine Überüberhebung der Währungsunion. Wir wollen, daß die tschechoslowakische Krone ihren Wert behält. Das Wollen allein jedoch genügt nicht, es muß dies durch entschiedene Taten ermöglicht werden.

Die Voraussetzung ist das Gleichgewicht in der öffentlichen Wirtschaft. Die Regierung wird der Nationalversammlung einen

Staatsvoranschlag unterbreiten, der dem entspricht.

Soll der Wert der Krone beibehalten werden, so müssen ihr einige Zahlen in der Privatwirtschaft angepasst werden. Eine der Kardinalfragen ist die der Leihgeldzinsen. Die Preise der wichtigen Rohstoffe müssen sich dem Preisrückgang anpassen. Am Schopfe der Regierung wird ein Eingriff in diese Angelegenheiten vorbereitet. Auch viele Dienste, verschiedene Baukommissionen, Ständetaxe usw. sind allzu teuer.

Schließlich beschäftigte sich der Minister mit der außenpolitischen Situation des Staates und sagte, in unserem Staate gebe es keinen Anlaß zur Kleinmütigkeit. In der Demokratie sind viele lebendige Kräfte verborgen, die zu entwickeln notwendig ist. Die Regierung ist entschlossen, den Umtrieben der Falkenkreuzler und der Irredenta sowie der faschistischen und der slowakisch-volksparteilichen Forderung ein Ende zu setzen. Die Regierung vertritt hierbei auf die Mitarbeit und die Unterstützung aller Elemente, die den Gedanken der staatlichen Freiheit und der demokratischen Zusammenarbeit niemals verlassen.

SA neuerdings auf Schweizer Boden

Drei Deutsche mißhandelt und verschleppt

Bern, 24. September. (SDA.) An der deutsch-schweizerischen Grenze bei Leopoldshöhe wollte ein Auto mit drei Deutschen die schweizerische Grenze nach Deutschland überschreiten. Die Reisenden hatten an der deutschen Grenze ein Wortgefecht, wobei sie in der Richtung auf Leopoldshöhe ein Auto mit zehn bewaffneten SA-Leuten herankommen sahen. Als sie es erblickten, liefen sie auf Schweizer Boden. Sie wurden jedoch verfolgt, auf Schweizer Gebiet angehalten, mißhandelt und nach Deutschland verschleppt.

Japan verschärft den Konflikt

Verhaltung der russischen Funktionäre der Ostsibirienbahn

Moskau, 25. September. Das amtliche Moskauer Radio meldet, daß nach den aus Chabarowsk eingetroffenen Meldungen die japanische und mongolische Polizei in Chardin die führenden sowjetrussischen Beamten der Ostsibirienbahn verhaftete, darunter auch den Chef des Fi-

nanzdienstes, den Chef des technischen Dienstes, den Chef der Zentralwerkstätten in Chardin usw. Der sowjetrussische Konsul hat bei den mandschurischen Behörden Protest eingelegt.

Einschreiten der amerikanischen Kriegsschiffe?

Washington, 25. September. (Reuter.) Der amerikanische Staatssekretär Hull teilte mit, daß die ausländischen Staatsangehörigen, die auf der Insel Kuba leben, die Hilfe der amerikanischen Marineschützen werden in Anspruch nehmen können, wenn dies die Lage erfordert. Im Falle eines solchen Ersuchens werden die amerikanischen Schiffe sofort von den amerikanischen Kriegsschiffen an Land gebracht werden. Der Staatssekretär fügte hinzu, daß, falls bei irgend welchen Unruhen ausländische Personen getötet wurden, die Kommandanten der amerikanischen Kriegsschiffe gezwungen wären, so zu handeln, wie sie es für gut befinden.

Boykottaufruf beschlagnahmt

Wien, 24. September. Die sozialdemokratische Partei hat auf Grund des Beschlusses der Internationalen Plakate herausgegeben, in welchem zum Boykott gegen die deutschen Waren aufgefordert wird. Die Zensur hat diese Plakate heute beschlagnahmt.



Ihr Magen ist Ihnen dankbar für gute Behandlung. Ein empfindlicher Magen kann schweres Fett nicht verdauen... Die Folgen, wie Kopfschmerzen und Sodbrennen, sind so leicht zu vermeiden... durch leicht verdauliches Fett:

Oates
Schicht S
DAS AUSGIEBIGE, REINE PFLANZENFETT
CT 9-33 NUR ECHT MIT NAMENSZUG

Was hat Dollfuß zu hören bekommen?

Genier Aussprache mit Sir Simon

Wien, 25. September. Am geistigen Sonntag fand unter den zur Völkervereinigung bereits eingetroffenen Delegierten, die das schöne Wetter zumeist zu Ausflügen in die nahe Umgebung benützten, nur eine einzige Besprechung politischer Natur statt, und zwar zwischen dem englischen Außenminister Sir Simon und dem österreichischen Bundeskanzler Dollfuß.

Die Unterredung hat etwa eine Stunde gedauert; konkrete politische Fragen sollen bei dieser Besprechung, die nur den Charakter einer allgemeinen Fühlungnahme gehabt haben soll, nicht eingehend behandelt worden sein, jedoch verlautet, daß die Frage der Regierungsumbildung in Oesterreich eine gewisse Rolle gespielt haben soll.

Otto will nach Oesterreich

Aristokratische Provokationen

Wien, 24. September. Wie bekannt, haben jüngst die drei niederösterreichischen Gemeinden Hagelsdorf, Hain und Wamau Otto Habsburg zu ihrem Ehrenbürger ernannt. Auf diese Beschlüsse Antwort Otto Habsburg mit Dankschreiben, die heute vormittags in Hain bei einem Festgottesdienst und nach einer Parade der Heimwehrformationen unter großer Teilnahme ehemaliger aristokratischer Kreise und der Generalität von Max Hoheneberg, dem Sohn des ehemaligen Thronfolgers Franz Ferdinand, auf dem Gemeindeamt des Bürgermeisters der drei Gemeinden übergeben wurden.

In seinem Schreiben an die Gemeinde Hain betont Otto Habsburg die „Un gerechtfertigte der revolutionären Gesetze“ und bezeichnet sich als den Erben Karl Habsburgs. Weiters spricht sich Otto Habsburg sehr scharf gegen die nationalsozialistische Bewegung aus und drückt den Wunsch nach Rückkehr aus. In dem Brief heißt es:

„Ich vertraue darauf, daß die heutige so gerecht denkende und mannhafte österreichische Führung dem Ruf nach Recht und Gerechtigkeit, der aus Ihrem Beschlusse sowie auch aus den Beschlüssen zahlreicher anderer Gemeinden hervorgeht, gehorchen und ehestens die Gesetze ausheben wird, welche dieses Oesterreich entehrt haben.“

Ähnliche Schreiben, datiert „aus dem Exil“ vom 23. September sandte Otto Habsburg auch den beiden anderen Gemeinden.

Die Regierung ließ heute die Korrespondenz Herzog, die diese Meldung zuerst gebracht hatte, konfiszieren. Auch die Blätter, die diese Meldung weitergegeben hatten, wurden wegen „Verbreitung von Alarmanachrichten“ beschlagnahmt.

„Nie wieder Habsburger!“

Debreczin, 24. September. Die legitimitistische nationale Volkspartei hielt hier heute eine große Volksversammlung ab, an der es zu Gegenemonstrationen kam. In der Reihen der Teilnehmer hatten sich Andersgestimmte eingeschunden, die die Sprecher ständig unterbrachen, worauf das Publikum Gegenemonstrationen veranstaltete. Eine Gruppe der Demonstranten warf schließlich beim Abmarsch aus dem Saal Zündbomben, so daß der Saal für eine Zeit geräumt werden mußte. Draußen formierten sich die Demonstranten zu einem Zug, in welchem Tafeln mit den Aufschriften „Nie wieder Habsburger“ getragen wurden. Der Zug wurde jedoch von der Polizei aufgelöst.

Illegale Nazi-Zentrale aufgelogen

Wien, 25. September. Die Staatspolizei bedte heute nachts eine neue illegale nationalsozialistische Zentrale auf, in der sie eine Menge gedruckte und geschriebene Material beschlagnahmte. 13 Personen wurden verhaftet.

Herriot schwer erkrankt.



WAGENBORG

Paris, 25. September. Herriot ist an einem schmerzlichen Nierenleiden erkrankt.

Nach den letzten Meldungen hat sich das Befinden Herriets im Laufe des Montag wesentlich gebessert.

Inlandsmarkt gebessert, Export verschlechtert.

Aus dem Monatsbericht der Nationalbank.

Prag, 25. September. Der Bankrat der Tschechoslowakischen Nationalbank hielt heute seine ordentliche Monatsversammlung ab.

Die Arbeitslosigkeit ist im ganzen im Rückgang, in einer Reihe von Staaten befindet sie sich bereits unter ihrem Vorjahresniveau oder nähert sich demselben.

Die Wirtschaftslage in der Tschechoslowakei bleibt weiterhin schwierig. Die Arbeitslosigkeit befindet sich immer noch im Sinken, nach Ermittlungen vom Ende August auch gegen die saisonmäßigen Voraussetzungen.

Die Industriebeschäftigung hat sich im Durchschnitt weiter ein wenig gebessert, hauptsächlich in der Erzeugung für den Inlandsmarkt.

Die Ausführschwierigkeiten werden teils durch wiederholte Kursenkungen der schwankenden Währungen und die deutsche valutarische Exportprämie, teils infolge unserer ungelösten handelspolitischen Grundprobleme verursacht.

Ratstagung der Kleinen Entente

Bukarest, 24. September. Der Ständige Rat der Kleinen Entente hielt heute von 16 bis 18 Uhr im Schloss Pelesch im Palais des Königs Karol I. seine erste Sitzung.

Bauernrevollen in Polen

Warschau, 25. September. Zeit gestern ist in Polen von der oppositionellen Vereinigten Volkspartei ein Bauernstreik proklamiert worden, der die Einstellung der Lebensmittelzufuhren in die Städte für die Dauer von zwei Wochen zum Ziele hat.

Neue Sturm-Katastrophe in Mexiko.

New York, 25. September. Kaum sind die letzten Meldungen mit den endgültigen Rüstern der Opfer der Wirbelsturm-Katastrophe aus Mexiko eingegangen, laufen schon wieder neue Meldungen über einen Orkan ein, der Mexiko und die Antillen heimgesucht hat.

auf der Insel Timidad ungeheuren Schaden an. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Tampico verwüstet.

Mexiko, 25. September. (Reuter.) In der Stadt Tampico, in der durch den katastrophalen Hurrikan ungeheure Schäden verursacht wurden, wurde der Belagerungszustand verkündet.

Tagesneuigkeiten

Niesenbrand in der Slowakei.

21 Gebäude eingäschert.

Košchau, 24. September. In der Nacht auf heute brach in Mala Romencia im Gebiet von Humen ein Brand aus, der zehn Wohn- und ein Wirtschaftsgebäude einscherte.

Eine Liebestragödie bei Ráchood.

Aus Ráchood wird uns geschrieben: In das Ráchooder Krankenhaus wurde das schwerverletzte Liebespaar Jaroslav Burdych, beschäftigungslos in der Fabrik von Cervený Kostelec, und die im Jahre 1914 geborene Jitka Rábrová aus Ráchood, gebracht.

Furchtbare Ehe tragödie.

Eine Mutter geht mit zwei Kindern in den Tod.

Dmúš, 25. September. Die Gattin des Zivilangestellten des Militärverwaltungsgebäudes in Dmúš, die 33-jährige Anna Stepanová, brachte ihrer vierzehnjährigen Tochter Ludmila, ihrem zwölfjährigen Sohn Franz und dann sich selbst, schwere Schnittwunden bei.

Beide Kinder besuchten die Bürgergarde und waren unter den besten Schülern. Die Mutter der Kinder war als arbeitssame und als sorgsame Mutter bekannt.

Unglücks-Rennen in Mährisch-Osttau.

Mähr.-Osttau, 24. September. Während der heutigen Rennfahrten auf dem Mähr.-Osttauener Ring rannnen zwei Motorradfahrer in den Graben und verletzten sechs Zuschauer, darunter drei schwer.

Friedensnobelpreis für einen österreichischen Eisenbahner?

Wegen der Enthüllung der Dirlenbergaffäre.

Belgrad, 25. September. (Avala.) Das Professorenkollegium der juristischen Fakultät in Zuhotica landte an das Nobelpreis-Komitee auf Grund seines im Monate Juni gefassten Beschlusses ein Schreiben, in welchem es vorschlägt, den Nobelpreis für den 25. September 1933 dem Generalsekretär des Syndikats der österreichischen Eisenbahner Verhuld König zu verleihen.

Nach dem steirischen Bergarbeiterstreik Betriebsräte für Regierungsmaßnahmen.

Graz, 25. September. In einer Versammlung von 1300 Bergarbeitern in Segrad bei Leoben berichteten gestern die Betriebsräte über die Verfügungen der Bundesregierung im steirischen Kohlenbergbau und die damit verbundenen Vorteile für die Belegschaft.

Weltrekord-Rennboot verbrannt.

London, 25. September. Das bekannte englische Rennboot „Mik England III“, mit dem Ray Don verschiedene Weltrekorde führte, ist im Hafen von Pool ausgebrannt.

Ueberschwemmung in Slovenien.

Belgrad, 25. September. (Avala.) Im Laufe der Nacht sind Meldungen eingelangt, denen zufolge in Slovenien eine große Ueberschwemmung Schaden im Betrage von 100 Millionen Dinars verursacht haben.

Die Leiche des Obersten Svec nach Prag überführt.

Prag, 25. September. Um 11.35 Uhr langte mit dem Warschauer Schnellzug am Wilsonbahnhof der Sarg mit den sterblichen Überresten des Obersten Svec, die auf dem Tscheljabinsker Friedhofe ausgegraben wurden, ein.

Der Sarg wurde in einem Spalier von Militär- und Zivilwürdigträgern von vier Legionärsgeneralen zu einem Automobil gebracht, in welchem er ins Divisionshospital transportiert wurde.

Unregelmäßigkeiten bei den Staatsforsten in Tschou? Vor einigen Tagen hat eine Revisionskommission bei der staatlichen Forstverwaltung in Tschou unerwartet eine Revision vorgenommen, die augenblicklich noch nicht abgeschlossen ist.

Ehrung des Dichters Bezdruž. In Mistek, wo vor 40 Jahren der tschechische Dichter Peter Bezdruž an der Post wirkte und wo vor 30 Jahren zum erstenmal seine Werke gedruckt erschienen, wurde Sonntag am Postgebäude eine Gedenktafel enthüllt.

Mord und Raubmord in Paris. Am Sonntag wurde in seinem Büro der Pariser Stadtrat, Direktordes „Casino de Paris“ Oscar Dusrene, ermordet aufgefunden.

Das billigste Buch!



240 Seiten Text Rund 100 Illustrationen Nur Kc 10.—

zu beziehen durch alle Kolporture und Bezirkssekretariate. — Verlag Zentralstelle für das Bildungswesen: Praha II., Klázanská 18.

Satin ein Armenier den Direktor des Kaffeehauses und jedann sich selbst. Es handelt sich offenbar um einen persönlichen Raubakt. Kulturorganisationen gefährden öffentliches Wohl und Sicherheit? Die Prager Polizeidirektion hat die für Dienstag, den 26. September 1933, in die Produktionsbörse einberufene öffentliche Versammlung mit dem Thema „Wer hat den Reichstagsbrand verschuldet?“ (Rebentitel: „Ueber den Justizterror und dessen Bekämpfung“) untersagt.

Wichtige Zeugen gegen Glaser? Am Montag wurden in Pardubitz zwei Eisenbahngestellte verhört, welche glauben, in der Nacht, in welcher die Koffer mit den Leichenteilen der Ottilie Braniská im Eisenbahnwagen transportiert wurden, den in Lundenburg in Untersuchung stehenden Glaser auf dem Pardubitzer Bahnhof gesehen zu haben, wo er ihnen durch sein nervöses Benehmen auffällig geworden sei.

Flüchtiger Räuber. Der berühmte Räuber Josef Wasserbauer aus Krasnice in Mähren, wurde am Sonntag in der Nähe von Stará Závance gesehen, als er sich im Walde herumtrieb. Er feuerte auf die Verfolgung aufzunehmende Gendarmerie mehrere Schüsse ab und flüchtete. Die Verfolgung wurde fortgesetzt.

Wahrheitsliebe heute; Wechselnd bewölkt bis ziemlich heiter, in den Tälern strichweiliger Morgennebel, relativ warm, Südostwind.

Motorfahrer tödlich verunglückt. Auf der Fahrt von Budweis nach Krumau rannte am Montag der 33-jährige Barmherzige der Bendiz-Flegelwerke bei Budweis, Wenzel Drahoša, mit seinem Motorrad auf einen Schotterhaufen auf. Er wurde aus dem Sattel geschleudert und stürzte mit dem Kopf gegen einen Randstein; er war auf der Stelle tot. Drahoša hinterläßt drei unverförgte Kinder.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Mittwoch:

Prag 10.10: Schallplatten, 12.35: Mittagskonzert, 14.50: Nachmittagskonzert, 18.25: Deutsche Sendung, Arbeiterfunk: Franz Baumgartl, Kellner in Prag: Gastwirtschaft; und Kellner, Bericht vom Arbeitsmarkt, 19.25: Marel Capel: Reise um die Welt auf Schallplatte, 19.50: Schauspiel aus dem Atelier, 21.30: Konzert des Ondřešs-Quartetts. — Brünn 17.45: Schallplatten, 18.25: Deutsche Sendung; Dr. Kocourek: Vernünftige Ernährungs, 19.25: Duheladmusikkonzert. — Koschau 12.30: Mittagskonzert, 13.35: Russische Berichte, 19.25: Orchesterkonzert. — Wien 15.55: Das Tonfilm, 16.45: Das vorzüglichste Kind, 18.45: Orchesterkonzert, 20.00: Der Pirat, Oper von Bellini. — Frankfurt 20.20: Operettenkonzert. — Peilsberg 18.20: Die Kunst des Alawiespiels. — Breslau 20.10: Goethe-Lieder.

Sozialistische Eltern wissen, daß ihre Kinder im Geiste der Arbeiterklasse erzogen werden müssen und bestellen sofort den **Kl-KA-Freundschaft** herausgegeben vom Reichserziehungsbeirat. Preis Ka 2.50. Zu beziehen bei den Vertrauensmännern oder direkt vom Reichssekretariat der Kinderfreunde (Willi Hofe), Bodenbach, Poststr. 813.



Gerhart Hauptmann

In unsre Jugend warfst du helles Licht,
Die Wahrheit zeigtest du in klarem Schein.
Der Menschen Schicksal und ihr inneres Sein
Erschten vor unbestechlichem Gerichte.

Und Menschenliebe strahlte aus deinen Werken,
Der Kampf der Menschheit um manch hohes Gut,
Er lebt darin, schlug auf zu hoher Glut
Und konnte uns zu neuem Kampfe stärken.

So wurdest du der neuen Zeit ein Führer,
Für Wahrheit und zur Güte zeigtest du
Den Weg, der aufwärts führt aus dumpfer Ruh,
Und wardest der heißen Flamme starker Schürer.

Und nun hast du das alles preisgegeben.
Der Lüge hast du feige dich gebeugt,
Verlassen, wofür küßt du einst gezeugt.
Mit Füßen trittst du heut dein ganzes Leben.

Der Haß, die Grausamkeit, der Nahe Laß,
Sie dürfen nun in deinem Namen morden.
Zu ihrem Fest klingt in verlognen Worten
Dein Lied, das einstmalst klang aus reiner Brust.

So liehest du dich ganz erbärmlich zähmen.
Vor Goebbels' Füßen liegt ein armer Hund.
Zu Gößen betest nun dein feiler Mund.
O Gerhart Hauptmann, kannst du dich nicht schämen?
Florian Seyer.

Entwürdigende Behandlung Löbes

Aus Breslau wird uns berichtet, daß nach der Entlieferung von Paul Löbe in das Lager von Duernogoy bei Breslau seinerzeit von dem Lagerleiter eine geradezu abscheuliche Szene veranstaltet wurde. Löbe wurde auf lächerliche Weise bekränzt, und Lüdeman wurde gezwungen, ihm einen Strauß von Karottensocken unter einer ihm soufflierten Ansprache zu überreichen.

Faschisten in Kanada.

Montreal, 25. September. (Reuter.) 1500 sogenannte Faschisten mit braunen Kappen drangen in eine Versammlung der Anticlerical Society ein und machten sie unmöglich. Sie zertrümmerten mit Steinen und Stöcken die Fenster. Die Polizei mußte einschreiten. Verhaftet wurde niemand. Vier Personen wurden verletzt.

Ein Lebendiger bei Hitler.

Anlässlich der Reichsmehrmande in Sachsen, denen die Militärattachés anderer Länder beiwohnen, ist Italien außer durch einen Militärattaché noch durch einen Oberleutnant vertreten. Dieser Oberleutnant trägt den Namen — Lebendiger.

"Radioputsch" in Irland.

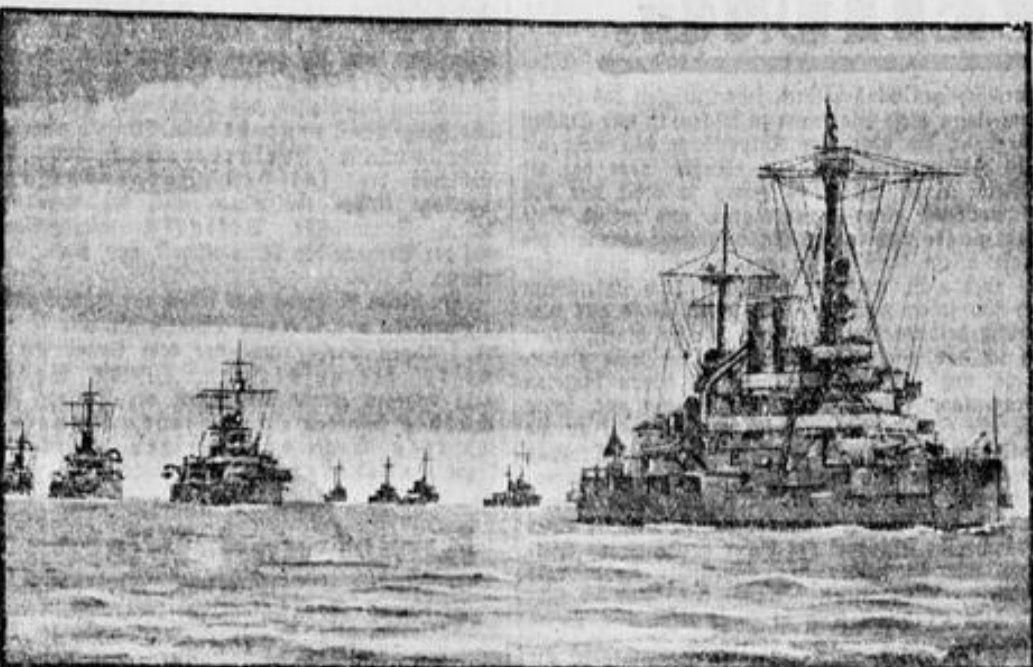
Bei dem Fußballmatch um die Meisterschaft Irlands, an welchem am Sonntag 40.000 Personen teilnahmen, drang in die Kabine des Radioanlagers ein junger Mann, bemächtigte sich des Mikrophons und sprach zum irischen Volk über die schlechte Behandlung der politischen Gefangenen durch die gegenwärtige Regierung im Irischen Freistaat. Der Rundfunk wurde amtlich unterbrochen. Der junge Mann ergriff inzwischen die Flucht. Der dem Fußballmatch beivohnende Präsident des Balera kümmerte sich anfangs nicht um den Zwischenfall und erfährt erst später von demselben.

SA distantiert.

Ein Autounfall des Berliner SA-Gruppenführers, Stadtrat Ernst, wurde von oppositionellen sächsischen SA-Leuten zum Anlass genommen, ein Flugblatt zu verteilen, in dem festgestellt wurde, daß seit dem 1. Juli 1933 insgesamt 80 nationalsozialistische Minister, Oberpräsidenten, Staatsräte, SA- und SS-Führer sowie Leiter der „Deutschen Arbeitsfront“ und der NSD Autounfälle erlitten haben. Das Flugblatt erklärt das mit der Tatsache, daß seit der Machtübergabe der nationalsozialistischen Bewegung kein einziger unserer Bonzen ohne ein eigenes Automobil auskommen will und daß die Schutzstaffeln, ohne die Führerprüfung wirklich gemacht zu haben, auf Kosten des deutschen Volkes ein Automobil nach dem andern in Grund und Boden fahren.

Ballonfahrt nach England.

Ein Samstag abends in Düsseldorf ausgelegener deutscher Ballon großer Ausmaße wurde über die Nordsee abgetrieben und ging Sonntag abends bei dem englischen Ort Verwick (an der Forts-Mündung) nieder, wo sein Schlepplast sich an einen Promenadenmast verfangte. Die drei deutschen Passagiere hatten während des Fluges den gesamten Ballast abgeworfen, um nicht auf das Meer, dessen Oberfläche dreimal streifen, niederzugehen.



Parade der deutschen Flotte
Die Schiffskolonne in Paradeformation.
In der Rieker Bucht fand im Anschluß an die Herbstübungen der deutschen Flotte eine Parade fast aller Einheiten der Reichsmarine statt.

Das Genter System.

Ueber die Zuerkennung des Staatszuschusses zur Arbeitslosenunterstützung.

Zu unseren im „Sozialdemokrat“ vom 9. September abgedruckten Informationen über die Zuerkennung des Staatszuschusses in verschiedenen namentlich angeführten Fällen möchten wir heute nachfragen, daß ein verheiratetes weibliches Gewerkschaftsmitglied, deren Mann erwerbstätig ist, zwar nicht den Mann als versorgungsbedürftig angeben kann, dagegen aber die Kinder, weil sie zum mindesten als Mitversorgerin gilt. Sie wird also bei der Ausfüllung der Anmeldung bei der Frage 8 die Namen der Kinder, gegebenenfalls der Eltern angeben, damit sie event. den zweieinhalbfachen oder den dreifachen Staatsbeitrag erhalten kann. Bezieht ihr Mann selbst die Unterstützung, so führt sie ebenfalls die in Betracht kommenden versorgungsbedürftigen Personen an, erhält dann aber nur die Hälfte des ihr zustehenden Staatszuschusses, d. h. das Eineinviertel- oder das Eineinhalbfache, während sie ohne Angabe dieser Personen nur den einfachen Staatszuschuß bekäme. Ist der Mann arbeitslos und ohne Unterstützung, so erstreckt sich die Versorgungspflicht der Frau auch auf ihn.

Ein verheiratetes männliches Mitglied, das sich um die Unterstützung bewirbt, wird auch in dem Falle, als seine Frau selbst erwerbstätig ist, die Namen der Kinder, bzw. Eltern, für die er sorgt, anführen. Da er als Familienvater gilt und ihm demzufolge der höhere Staatszuschuß zugesprochen wird.

Die Ausfüllung der Nachtragsanmeldungen.

Es wird neuerlich darauf aufmerksam gemacht, daß für die laufenden Unterstützungsfälle keine neuen Anmeldungen zur Arbeitslosenunterstützung eingebracht werden müssen, ebensowenig werden neue Unterstützungsanweisungen ausgestellt und auch die Kontrollkarten der Arbeitsvermittlungsanstalten bleiben bis zum Schluß der laufenden Unterstützungsperiode in Kraft. Dagegen muß jeder Arbeitslose, der gegenwärtig die Arbeitslosenunterstützung mit dem Staatsbeitrag bezieht und sic nach dem 15. September weiterhin beziehen wird, den Nachtrag zur Anmeldung zur Arbeitslosenunterstützung ausfüllen. Dieser Nachtrag enthält zunächst eine Zusatfrage nach der Adresse des betreffenden Mitgliedes. Die Adresse muß genau angegeben werden; es genügt also nicht, daß man selbst in einem kleinen Ort nur die Ortsbezeichnung oder in einer Stadt nur die Straße angibt. In jedem Falle muß die Hausnummer angegeben werden, damit die Umschreibung der Unterstützungsanweisungen nicht verzögert wird.

Der Nachtrag enthält weiter die Frage 8: Namen, Adresse und Verwandtschaftsverhältnisse der Personen, für welche das Mitglied sorgt. Als versorgungsberechtigte Familienangehörige werden nur die Ehegattin bzw. der Ehegatte, Kinder, Eltern, Großeltern und Enkel anerkannt. Die Lebensgefährtin und die Gewisswiter werden nicht als Familienangehörige anerkannt, wohl aber alle eigenen, wenn auch unehelichen Kinder. Bei jedem der in Rubrik 8 angeführten Namen ist anzufügen, ob es sich um die Frau (bzw. den Mann), um ein Kind, um einen oder beide Elternteile usw. handelt; ebenso sind ihre Adressen anzuführen. Leben sie im gemeinsamen Haushalt mit dem Antragsteller, so kann beigefügt werden „ebenda“, ansonsten ist die genaue Adresse anzugeben. Das ist deshalb wichtig, weil in jenen Fällen, wo die unterstützten Familienangehörigen nicht im selben Haushalt wohnen, die Bestätigung des Gemeindeamts der Wohngeviende des mitzuversorgenden Familienmitglieds beigefügt werden muß. Bei versorgungspflichtigen Kindern, die das 14. Lebensjahr überschritten haben, empfiehlt es sich, gesondert anzuführen, warum noch für sie gesorgt werden muß, z. B. wegen Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit, ohne daß ein Unterstützungsanspruch bestünde usw. Bei Familienmitgliedern, die nicht im selben Haushalt wohnen, ist auch anzugeben, in welcher Art die Unterstützung erfolgt, z. B. durch Barauszahlungen und in welcher Höhe, Bezahlung der Miete u. a. u.

Bei der Nachtragsfrage 9: Welche Einnahmen hat das Mitglied aus irgendwelchen Quellen außer Lohn bzw. Gehalt und in welcher Höhe? sind alle Einnahmen anzuführen, welche das Mitglied aus Mobilien oder Immobilien, aus einer Feldwirtschaft, einem Geschäft, event. als Zinsen angelegten Kapitals, als Vertreterprovisionen, als Funktionsentschädigungen, als Unfall- oder andere Rente auch während der Dauer der Arbeitslosigkeit bezieht. Es muß jeweils der genaue ziffermäßige Betrag angeführt werden, so daß es also nicht genügt, zu schreiben, der Antragsteller habe ein Hauschen und zwei Strich Feld. Besitzt jemand ein Familienhäuschen, so führt er den ortsüblichen Mietwert an, besitzt jemand ein Stück Feld, so wird er den Ertragswert anzuführen, event. nach der Steuervorschrift. Da in der Regel diese Erträge nicht den früheren Lohn des Antragstellers erreichen, werden

Weiß Zähne Chlorodont

diese Angaben keinen Einfluß auf die Höhe der Unterstützungsbemessung haben, sie müssen aber aus Kontrollgründen angeführt werden.

Die Nachtragsfrage 10: „Bezieht der andere Ehegatte (bzw. die Gattin) die Arbeitslosenunterstützung?“ wird mit ja oder nein beantwortet.

Die Nachtragsfrage 11: „Bisviele Familienmitglieder, die mit dem Mitglied im gemeinsamen Haushalt leben, beziehen noch die Arbeitslosenunterstützung mit dem Staatszuschuß?“ ist nach den gegebenen Verhältnissen zu beantworten. Es werden die Namen jener Familienangehörigen angeführt, die außer dem Antragsteller die Arbeitslosenunterstützung beziehen, auch wenn sie vielleicht Mitglieder einer anderen Gewerkschaftsorganisation sind als der Antragsteller selbst. Bezieht außer ihm niemand die Unterstützung, so vermerkt er das in der betreffenden Rubrik 11. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Eintragungen immer dem Stand am Tage der Anmeldung entsprechen müssen. Es ist daher nicht anzugeben, daß vielleicht ein anderes Mitglied der Familie die Arbeitslosenunterstützung später, vielleicht am nächsten Tage beziehen wird oder sie bis zum vorhergehenden Tage bezogen hat. Wenn das später eintreten sollte, muß das unterstützte Mitglied dies seiner Organisation melden.

Diese Nachträge zu den Anmeldungen müssen von den Gemeindevätern des Wohnorts des Antragstellers bestätigt werden, falls es sich um die Unterstützung von Personen handelt, die außerhalb der Wohngeviende des Antragstellers wohnen, ist auch die Bestätigung der Wohngeviende des versorgungsberechtigten Familienmitglieds beizufügen.

Auf Grund der ordnungsgemäß ausgefüllten und bestätigten Nachträge zur Anmeldung um die Arbeitslosenunterstützung schreiben dann die Gewerkschaftsorganisationen die Unterstützung nach den neuen Bestimmungen vor. Da sich wiederholt Zweifel ergeben haben, ob die Unterstützung für die laufende Unterstützungswoche noch nach dem alten System ausbezahlt werden kann, machen wir ausdrücklich darauf aufmerksam, daß ab Samstag, den 16. September, die Unterstützung bereits nach dem neuen Satz auszuzahlen ist. Doch wird dazu die alte Unterstützungsanweisung verwendet, u. zw. bis zum Ablauf der vorgeschriebenen 78-tägigen Unterstützungsperiode.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Nationalisierung im Hafen von Rotterdam. (Z.N.) Der Bericht über die niederländische Hafenaufsicht im Jahre 1932 enthält eigenartige Angaben in bezug auf die Ausrüstung des Hafens mit Arbeitsgerät und Arbeitsmöglichkeit. In dem Berichte wird festgestellt, daß die 1920 durch Schiffe an- und abgeführten Tonnen Güter 11.912.691 betrug und diese Zahl auf 38.450.675 gestiegen ist. Demgegenüber ist ein Rückgang der durchschnittlichen Anzahl Arbeitsschichten der festen und losen Arbeiter von

100.688 im Jahre 1920 auf 94.775 im Jahre 1929 festgestellt worden. Die Zahl der an- und abgeführten Tonnen-Güter steht im Verhältnis von 1:3,2 und die Durchschnittszahlen der Arbeitsschichten in einem solchen von 1:0,9. Es wird ferner untersucht, welchem Umstand diese stets mehr schwindende Arbeitsmöglichkeit zuzuschreiben ist, und man kommt zu dem Schluß, daß die Nationalisierung als die wichtigste Ursache angesehen werden muß. In verschiedenen Zweigen des Hafenbetriebes sind eine Reihe Nationalisierungsmaßnahmen durchgeführt, so 1. Verbesserung der Schiffseinrichtung; 2. maschinelles Lösen von Getreide und moderne, bzw. modernisierte Einrichtung von Getreideflößen; 3. Verbesserung und Vermehrung der Werkzeuge beim maschinellen Betrieb (z. B. bei der Behandlung von Erz und Steinkohle); 4. Modernisierung und Vermehrung der Anzahl Krane und Ladebrücken am Kai für die Behandlung von Stückgut; 5. Mechanisierung der Güterbeförderung auf dem Hofengebiet: Einführung mechanisch betriebener Rollwagen, Rollenbahnen, elektrische Aufstapler, Förderband u. dgl.

Hitlerismus und Kirche.

Die katholische Kirche Deutschlands hat sich ohne nennenswerten Widerstand gleichschalten lassen; der Papst hat mit Hitlerdeutschland ein Konkordat abgeschlossen. Daß aber hierdurch das Problem „Hitlerismus und Kirche“ noch nicht erledigt ist, zeigt ein Aufsatz von Mag. Hermann im Pariser „Temps“ vom 31. August. Mit allem Ernst des gläubigen Katholiken sucht er die Lösung der großen Frage. Zunächst stellt er fest, daß sich der Nationalsozialismus in Deutschland nicht nur als politisches Dogma, sondern als eine Gesellschaftsphilosophie darstelle. Indem er alle Seiten des Lebens durchdringt, jeden Einzelnen ergreift und Staat und Gesellschaft seiner hierarchischen Ordnung unterwirft, wird er zur Religion.

Diese Religion steht in allen grundsätzlichen Punkten im strikten Gegensatz zum Christentum. Das Christentum lehrt die gegenseitigen und allgemein gültigen Verpflichtungen der Gerechtigkeit und Nächstenliebe auch unter den Nationen. Es scheidet die religiösen von den bürgerlichen Pflichten, so daß die Beziehungen zu Gott, dem Vater Aller, rein persönliche sind; die erste Pflicht der Gesellschaft besteht in der Sorge dafür, daß jedes ihrer Glieder die Bestimmung seiner unsterblichen Seele erfüllen könne und zu diesem Schutze müssen die Regierenden den Gläubigen den Frieden erhalten.

Der Hitlerismus proklamiert den kategorischen Imperativ des nationalen Egoismus; er vereint das Menschliche und das Göttliche, der Staat ist ihm Ausdruck des göttlichen Willens; er betrachtet den Einzelnen nur als Teilchen des Volksganzen, das für ihn existiert und handelt; er behauptet die messianische Rolle Deutschlands, zu deren Erfüllung auch der Krieg nicht gescheut werden dürfte.

Die Moral des Christentums ist aufgebaut auf der Idee der Demut, die Basis des Hitlerismus ist der Stolz.

Angesichts solcher Gegensätze müßte man fragen, ob es möglich sei, zugleich Christ und Hitlerianer zu sein. Das Konkordat zwischen Vatikan und Reichsregierung sei keine Lösung dieser Frage. Denn wenn auch jedes Konkordat ein politisches Übereinkommen sei, so sei eben der Hitlerismus keine politische Partei, sondern ein religiöser Glaube, der die Welt für seine Heil lehre erobern wolle.

Vielleicht habe die Kirche durch das Konkordat bezeugen wollen, daß sie den Hitlerismus doch nur für eine kurzlebige politische Erscheinung halte, mit der sie ungefährdet paktieren könne. Eine längere Dauer des Hitlerismus vorausgesetzt, müßte dieser Pakt der Kirche gefährlich werden. Jetzt schon fühlen sich Millionen aufrichtiger Katholiken in enger Gewissensnot versetzt. Sie erkennen das Aufsteigen einer neuen Religion, welche die beinahe zweitausend Jahr alten moralischen Werte des Christentums kategorisch verneint und die ganze christliche Zivilisation bedroht, und sie sehen mit Schmerz, daß die Kirche dazu schweigt.

Es sei unbedingt nötig, daß die Kirche diese Fragen beantworte. Hermann verlangt die Einberufung eines Konzils. Wenn die Kirche diese Notwendigkeit nicht begriffe, dann würde sie, um einige materielle Interessen der fünfzehn Millionen deutscher Katholiken zu retten, alle andern Gläubigen in eine geistige Wüste verstoßen, aus der niemand mehr einen Ausweg finden würde.

Wir Sozialisten müssen wohl bezweifeln, daß die katholische Kirche diesem Ruf folgen und eine ideologische Mischung zwischen sich und dem Nationalsozialismus suchen wird. Sie ist noch wie vor von durchaus praktischen, realpolitischen Motiven geleitet; die Erhaltung des Privateigentums und ihrer politischen Machtstellung, der Kampf gegen den Marxismus und das freie Denken liegt ihr näher, als die Gewissensnöte ihrer Gläubigen. Und daraus, daß ähnliche Erwägungen in unserer der tschechoslowakischen katholischen Presse noch nicht laut geworden sind, daß im Gegenteil hier ein ungemein rücksichtsvolles Verhalten gegen den Hitlerismus beobachtet wird, können wir er-messen, wie gründlich der heimische Katholizismus durchpolitisiert ist. Wir ihm ist in dieser Frage nicht zu rechnen. Erst wenn jene ideologischen Bedenken reale politische Auswirkungen haben sollten, wird die Kirche sich genötigt sehen, davon Notiz zu nehmen.

